

Kampffjets – der Auftrag definiert die Mittel

Das knappe Resultat der Kampffjet-Abstimmung weckt politische Begehrlichkeiten. Die Gegner stellen die beschlossenen Mittel infrage. Drei bürgerliche Ständeräte plädieren für den eingeschlagenen Weg. Gastkommentar von Thierry Burkart, Andrea Gmür und Werner Salzmann

Das Auswahlverfahren für die neuen Kampffjets kommt Anfang nächstes Jahr in die heisse Phase: Sobald die Experten der Beschaffungsbehörde Armasuisse ihre Empfehlung abgegeben haben, wird es politisch. Der Bundesrat trifft die Typenwahl, dann kommt das Geschäft mit dem Rüstungsprogramm 2022 ins Parlament. 6 Milliarden Franken sind im ordentlichen Budget für den Kauf von 30 bis 40 neuen Kampfflugzeugen bereits reserviert.

Das Volk hat am 27. September das Vorgehen an der Urne bestätigt. Das knappe Resultat ändert die Ausgangslage nicht. Die Fakten lagen vor der Abstimmung klar auf dem Tisch. Politische Tricks, um die Beschaffung doch noch zu torpedieren, sind unstatthaft und der Lage nicht angemessen. Die Spannungen und bewaffneten Konflikte nehmen laufend zu. Als die bundesrätliche Expertenkommission 2017 den Bericht «Luftverteidigung der Zukunft» publizierte, war die Krim bereits russisch besetzt, wurde in der Ostukraine und in den Bürgerkriegen in Syrien und Libyen intensiv gekämpft, und Luftkriegsmittel wie Kampfflugzeuge, Helikopter und Drohnen wurden zur Aufklärung und zur Bekämpfung von Zielen oftmals mit entscheidender Wirkung eingesetzt. Auch im neu ausgebrochenen Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan werden Bodenstreitkräfte und Luftkriegsmittel gemeinsam eingesetzt.

Derweil glauben hierzulande noch zu viele, die Schweizer Luftwaffe sollte künftig nur Luftpolizeidienst am Schweizer Himmel verrichten. Wegen des knappen Ergebnisses der Volksabstimmung vom 27. September versuchen sie, eine Reduktion des Auftrags auf den Luftpolizeidienst mit weniger und einfacheren – sprich billigeren – Flugzeugen zu erreichen. Das verrät einen verhängnisvollen Fehlschluss in Hinsicht auf die Einsatzfähigkeit und damit die Glaubwürdigkeit unserer Armee.

Der erwähnte Expertenbericht und der 2018 publizierte Anforderungskatalog für neue Kampfflugzeuge haben unmissverständlich klargemacht, dass die neuen Kampfflugzeuge neben Luftverteidigung und Luftpolizeidienst auch Erdkampf zu

leisten haben – also vernetzte Aufklärung aus der Luft für Armee und zivile Behörden und die Fähigkeit zu Luftangriffen mit präzisen Raketen oder Lenkbomben auf hochwertige Ziele in grosser Entfernung. Denn die Reichweite unserer Artillerie beträgt weniger als 30 Kilometer, und diese hat auch keine ballistischen Raketen oder Marschflugkörper. Nichts davon ist geheim oder überraschend.

In einem bewaffneten Konflikt wäre die Armee heute kaum fähig, luftgestützte Aufklärung zu betreiben, also aus der Luft Nachrichten über den Gegner zu beschaffen. Die wenigen Drohnen sind sehr verwundbar, Aufklärungssatelliten hat die Schweiz keine. Diese für eine souveräne Landesverteidigung gravierende Lücke wird mit den Aufklärungsfähigkeiten der neuen Kampfflugzeuge teilweise geschlossen. Und sie ist nötig, damit die Luftwaffe auch Operationen der Armee am Boden wieder unterstützen kann. Denn wer nichts sieht, kann nichts treffen. Aber wer genau sieht, kann präzise treffen. Die Vorstellung, dass Schweizer Kampfflugzeuge Städte bombardieren würden, ist reine Demagogie. Richtig ist, dass die Schweizer Luftwaffe die Fähigkeit erlangen wird, identifizierte, strategisch und taktisch wichtige Ziele mit Präzisionswaffen auszuschalten, die mit anderen Mitteln nicht angreifbar sind. Das können nur moderne Mehrzweckkampfflugzeuge. Diese haben mit der armeefeindlichen Begriffsschöpfung «Luxus-Kampffjet» nichts zu tun.

Als selbstkritische Erkenntnis vom 27. September bleibt, dass es weder dem Abstimmungskomitee noch der Vorsteherin des VBS oder der Luftwaffe im Abstimmungskampf gelungen ist, der Schweizer Bevölkerung die Notwendigkeit von Mehrzweckkampfflugzeugen genügend aufzuzeigen. Immerhin ist mehr als die Hälfte der Abstimmenden auch ohne detaillierte Kenntnisse über Beschaffungsumfang und Herkunft der Jets bereit, Bundesrat und Parlament das Vertrauen zu schenken. Die für eine erfolgreiche Fortführung der Beschaffung wichtige politische Akzeptanz von Typenwahl und Ausrüstung der neuen Kampfflugzeuge erfordert aber jetzt seitens des Bundesrats, der Armee und der sicherheitspolitischen Akteure eine intensiviertere Information über alle Fähigkeiten der Luftwaffe. Die Schweizer Luftwaffe dient primär dem Verfassungsauftrag der Landesverteidigung. Der Luftpolizeidienst ist ein Teil des Auftrags, aber nicht die Hauptaufgabe. Die Idee, mit Trainingsflugzeugen diese Aufgabe zu erfüllen, beruht auch nach der Abstimmung auf einem sachlichen Fehlschluss.

Wir benötigen deshalb Klartext darüber, wieso nur moderne Mehrzweckkampfflugzeuge vielseitig genug einsetzbar sind, um den ganzen Auftrag erfüllen zu können. Voraussetzung ist, dass die Evaluationsverantwortlichen, der

Bundesrat und das Parlament ihren vom Schweizervolk bestätigten Auftrag erfüllen: die plangemässe Beschaffung von 30 bis 40 Mehrzweckkampfflugzeugen für maximal 6 Milliarden Franken.

Thierry Burkart ist Aargauer Ständerat (fdp.), **Andrea Gmür** ist Luzerner Ständerätin (cvp.), **Werner Salzmännli** ist Berner Ständerat (svp.).